

Am Ende der europäischen Kolonialreiche

Zum Aufstieg des Nationalstaats im soziologischen Imaginären¹

Matthias Leanza

Beitrag zum Plenum 4 »Globale Polarisierungen: Postkoloniale Verhältnisse und die Soziologie«

Am 14. Dezember 1960 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolution 1514 (XV). Mit dieser verkündete sie „feierlich“, wie es hieß, „die Notwendigkeit, dem Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen rasch und bedingungslos ein Ende zu machen“.² Koloniale Fremdherrschaft verstoße gegen die Charta der Vereinten Nationen: Sie gefährde den Weltfrieden, behindere die internationale Zusammenarbeit und missachte die Menschenrechte. Keinem Volk (*people*) dürfe politische Selbstbestimmung nur deswegen verwehrt bleiben, weil es vermeintlich unzureichend darauf vorbereitet sei. Damit erhöhte die Generalversammlung den Druck auf das Treuhandsystem, das die Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtet hatten (Fisch 2010, S. 224–226; Pedersen 2015). Die vom 1946 aufgelösten Völkerbund übernommenen Mandatsgebiete in Afrika und dem Pazifik sollten so lange von anderen Staaten, die als „höherentwickelt“ galten, treuhänderisch verwaltet werden, bis sie die Kapazitäten aufgebaut haben, sich selbst zu regieren. Nach Ansicht der Generalversammlung war dieses System der politischen Bevormundung zeitnah abzuwickeln.

Obwohl sich neun Mitgliedstaaten ihrer Stimme enthielten, darunter Großbritannien, Frankreich und die USA, und das letzte Treuhandgebiet, die Inselgruppe Palau, erst 1994 seine Unabhängigkeit erlangte, markiert die ohne Gegenstimme angenommene Resolution 1514 (XV) mit dem Titel „Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker“ einen wichtigen Etappensieg in der Dekolonisation nach dem Zweiten Weltkrieg (Fisch 2010, S. 218–232; Getachew 2019, S. 87–92). Das zunächst den Ländern des Globalen Nordens vorbehaltenes Prinzip nationaler Selbstbestimmung wurde nunmehr von der UN-Generalversammlung, wenn auch völkerrechtlich nicht bindend, als eine universale, weltweit anzuwendende Norm kommuniziert.³ Die Resolution ging auf eine Initiative von rund zwei Dutzend Mitgliedstaaten aus Asien und Afrika zurück, die ihr Vorhaben in Kon-

¹ Der dokumentierte Vortrag beruht auf meinem Aufsatz „Nach der Dekolonisation: Imperien und Nationen jenseits der Inkompatibilitätsthese“, in *Leviathan*, 51. Jg., 1/2023, S. 1–32 und wird hier mit freundlicher Genehmigung des Verlags wiedergegeben.

² Zitiert nach der deutschen Übersetzung; abrufbar unter: www.un.org/depts/german/gv-early/ar1514-xv.pdf (Zugriff vom 29.11.2022).

³ Insofern war die Resolution 1514 (XV) der vorläufige Kulminationspunkt von Bestrebungen, die Vereinten Nationen zu einem antikolonialen Forum auf Weltebene umzubauen. Vgl. Mazower 2009; Mazower 2013, S. 191–213, 254–272; Wertheim 2019.

kurrenz zu einer der Sache nach ähnlichen, obgleich deutlich schärfer formulierten Erklärung der Sowjetunion einbrachten, die als Imperialmacht in Eurasien zudem ein Glaubwürdigkeitsproblem besaß. Indem sich der antikoloniale Block, der mit Aufnahme 40 neuer Staaten in die Vereinten Nationen zwischen 1955 und 1960 rasch an Bedeutung gewonnen hatte, um eine eigenständige, dritte Position jenseits des Ost-West-Konflikts bemühte, unterstrich er die Universalität seiner Anliegen (Dinkel 2015; Lüthi 2016).

Mit dem sich abzeichnenden Ende der europäischen Kolonialreiche entstand der verbreitete Eindruck, dass man an der Schwelle zu einer neuen Epoche stehe, in welcher sich der Nationalstaat als globale Norm etablieren würde. Dekolonisation versprach mehr zu sein als der Untergang dieses oder jenes Reiches. Das hatte es in der Geschichte immer gegeben und war ein fester Topos in den Reflexionskulturen europäischer Großmächte. Von den Habsburgern über Napoleon bis hin zu den Verwaltern des British Empire waren politische Eliten von der Sorge getrieben, ein ähnliches Schicksal erleiden zu müssen wie jenes, von dem die Ruinen Roms auch heute noch stummes Zeugnis ablegen (Brendon 2007, S. xv-xxii, 3–31; Kumar 2012; Hell 2019). In dem Maße, wie die Dekolonisation nach dem Zweiten Weltkrieg der Institution des Nationalstaats zur weltweiten Durchsetzung verhalf, konnte indes die Hoffnung aufkeimen, dass imperiale Herrschaft als solche ende. Die Zeiten, in denen sich Imperien dazu ermächtigten, politische und gesellschaftliche Ordnung zu stiften, schienen endgültig der Geschichte anzugehören.

Die Sozialwissenschaften blieben von all dem nicht unberührt. Auch sie beteiligten sich an der politischen und gedanklichen Neuordnung der Welt im Zeichen globaler Dekolonisation. Die voluminöse Abhandlung des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Rupert Emerson mit dem programmatischen Titel *From Empire to Nation* erschien noch während des Hoffnungsjahres 1960, in welchem 17 afrikanische Länder ihre Unabhängigkeit erklärten. Emerson (1960, S. 3–21), der Internationale Beziehungen in Harvard lehrte, betrachtete die aufkeimenden Nationalbewegungen in Asien und Afrika als eine nicht-intendierte Nebenfolge des europäischen Kolonialismus. Dieser habe in einer ironischen Wendung der Geschichte seinen eigenen Untergang herbeigeführt, indem er die politischen Normen und Wertvorstellungen der westlichen Zivilisation weltweit zu verbreiten half. Sei imperiale Herrschaft in Europa bereits nach dem Ersten Weltkrieg in die Krise geraten, weil sie als zunehmend unvereinbar mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker empfunden wurde, habe diese nach dem Zweiten Weltkrieg eine globale Krise heraufbeschworen (Emerson 1960, S. 22–36). Mit voranschreitender Modernisierung der Kolonien und ihrer immer engeren Integration in das internationale System begannen die Kolonialsubjekte damit, das Prinzip nationaler Selbstbestimmung nunmehr auch für sich in Anspruch zu nehmen (Emerson 1960, S. 43). Zukünftige Generationen würden die Kolonialreiche der europäischen Nationen daher wahrscheinlich nicht allein in Begriffen von Ausbeutung und Unterdrückung beschreiben, sondern in ihnen auch Agenturen der weltweiten Diffusion des westlichen Staats- und Gesellschaftsmodells erkennen. Insbesondere dort, wo lokale Bevölkerungsgruppen mit Kultur und Institutionen der sogenannten Metropolen in Kontakt gerieten, falle die Idee nationaler Souveränität auf fruchtbaren Boden.

Frantz Fanons Werk *Die Verdammten dieser Erde*, das nur ein Jahr nach Emersons Abhandlung erschien, lenkte die Aufmerksamkeit bereits auf die Herausforderungen und Probleme postkolonialer Nationenbildung. Ähnlich wie Georges Balandier (1970 [1951]) und Pierre Bourdieu (1962 [1958], S. 119–144; Bourdieu 2010 [1959–1963], S. 72–142) in ihren jeweiligen Studien aus den 1950er Jahren argumentierte der aus Martinique stammende und in Frankreich ausgebildete Psychiater und Philosoph, der im Zweiten Weltkrieg auf Seite der französischen Streitkräfte gekämpft hatte, dass die „koloniale Situation“ eine zerteilte, manichäische Welt darstelle (Fanon 1981 [1961], S. 29–91). Aufgrund der konstitutiven Gewaltförmigkeit des Kolonialismus sei es nur legitim, wenn die Kolonisierten selbst Gewalt anwendeten, um sich aus diesem Unterdrückungsverhältnis zu befreien. Bemerkenswert ist

dabei die Selbstverständlichkeit, mit der Fanon den souveränen Nationalstaat als Gegenmodell zu kolonialer Fremdherrschaft in Stellung brachte. Der antikoloniale Kampf zielt auf die „Wiederherstellung der nationalen Souveränität“ (Fanon 1981 [1961], S. 207).⁴ Fanon, der 1956 seine Leitungsposition im psychiatrischen Spital des algerischen Blida aufgab, um sich kurz darauf vom tunesischen Exil aus der Nationalen Befreiungsfront Algeriens anzuschließen, erkannte aber, dass dies keine einfache Rückkehr zum Status quo ante bedeutete. Der antikoloniale Widerstand zeitigte vielmehr nationenbildende Effekte und bringe das politische Kollektiv, in dessen Namen er ausgeübt werde, in einem gewissen Sinn erst hervor. „Die algerische Nationalkultur“, führt Fanon (1981 [1961], S. 197) aus, „nimmt im Laufe der Kämpfe Gestalt an, im Gefängnis, vor der Guillotine, in den eroberten und zerstörten französischen Militärposten.“ Dabei bestehe jedoch die Gefahr, dass nach Erlangung der formalen Unabhängigkeit lediglich ein Elitenaustausch in den urbanen Zentren stattfinde, die breite Masse der zumeist ländlichen Bevölkerung aber im Zustand der Unfreiheit verbleibe (Fanon 1981 [1961], S. 122ff., 130ff.). Um dem entgegenzuwirken, müsse die Nation auch real geeint werden, denn sie allein sei „grundlegend und heilig“ (Fanon 1981 [1961], S. 160). So habe „in der Phase des nationalen Aufbaus jeder Staatsbürger in seiner konkreten täglichen Aktion“ (Fanon 1981 [1961], S. 171) zur Konsolidierung eines Nationalbewusstseins oberhalb partikularer Zugehörigkeiten und Identitäten beizutragen.

Die Dekolonisation bot den Sozialwissenschaften in der Tat reichhaltiges Anschauungsmaterial, um postkoloniale Nationenbildungsprozesse zu erforschen. Eine seit den späten 1950er Jahren prosperierende Literatur zum Thema „Nation Building“ untersuchte in komparativ angelegten Studien die Bedingungen und Faktoren, die darüber entscheiden, ob es einem staatlich verfassten Gemeinwesen gelingt, seine diversen Bevölkerungsgruppen politisch zu integrieren und eine kollektive Identität auszubilden.⁵ Ein Protagonist dieser Forschungsrichtung, der norwegische Politikwissenschaftler und Soziologe Stein Rokkan, zog 1971 eine Zwischenbilanz. Demnach habe sich die Forschung zu Beginn in den 1950er und 1960er Jahren nahezu „ausschließlich auf die Erfahrungen und Möglichkeiten der gerade aus dem Kolonialstatus herausgetretenen Staaten“ konzentriert, die frühere „Geschichte der Nationenbildung in Europa und in den von Europäern besiedelten Gebieten“ aber weitestgehend ausgeblendet (Rokkan 1971, S. 9; Übersetzung M.L.). Schon bald erkannte man, dass die postkolonialen Nationen eine ähnliche Entwicklung durchliefen wie die europäischen Länder vor ihnen, als aus multiethnischen Reichen moderne Nationalstaaten entstanden: „Diese unterschiedlichen Geschichten ethnischer Konflikte und Spannungen zwischen Zentrum und Peripherie im postkolonialen Afrika und Asien haben zahlreiche Vergleiche mit ähnlichen Krisen der Konsolidierung oder Fragmentierung in Europa und dem Westen angeregt.“ (Rokkan 1971, S. 7)⁶ Die Auflösung der Reiche der Osmanen und Habsburger nach dem Ersten Weltkrieg, der Konflikt zwischen Staat und Nation in Deutschland und Italien während des 19. Jahrhunderts sowie die anhaltenden Spannungen zwischen Flamen und Wallonen in Belgien oder Protestanten und Katholiken in Nordirland seien durchaus vergleichbar mit den Entwicklungen in Asien und Afrika nach dem Zweiten Weltkrieg. In der komparativen Optik des Nation Building-Ansatzes schienen die Herausforderungen, vor denen postkoloniale Nationen standen, allgemeiner Art zu sein und unterschieden sich nicht grundlegend von jenen in den ehemaligen Metropolen. Mit der Dekolonisation holten die Länder des Globalen Südens lediglich eine Entwicklung nach, die in Europa bereits ein bis zwei Jahrhunderte früher begann.

⁴ Zur nationalen Souveränität als Ziel antikolonialen Widerstands vgl. auch Fanon 2018 [1957]; Fanon 1967 [1958].

⁵ Das New Yorker Social Science Research Council gründete 1954 ein Committee on Comparative Politics, das für die frühe Auseinandersetzung mit dem Thema der Nationenbildung zentral war. Es brachte Politikwissenschaftler wie Gabriel Almond, Lucian Pye, James Smoot Coleman, Sidney Verba, Robert E. Ward und Dankwart Rustow zusammen.

⁶ Eine wichtige Studie für die Erweiterung des regionalen Fokus war Bendix 1964.

Ernest Gellner baute mit seiner 1983 in Buchform vorgelegten Nationalismustheorie auf diese Studien auf,⁷ ging über sie aber hinaus, insofern er das Thema auf einer dezidiert gesellschaftstheoretischen Ebene verhandelte. Für Gellner, der im Prag der Zwischenkriegszeit in einer österreichisch-jüdischen Familie aufgewachsen war, stellte die Institution des Nationalstaats die zum modernen Gesellschaftstypus passende Form politischer Organisation dar (Gellner 1983, S. 53–62). Im Unterschied zu traditionellen Agrargesellschaften, in denen ausgedehnte Imperien, aber auch kleinräumige Stadtstaaten vorherrschten, seien Industriegesellschaften mit technisierter Arbeitsteilung auf eine übergreifende, koordinierende Kultur angewiesen (Gellner 1983, S. 8–38). Die in vormodernen Reichen bestehende Kluft zwischen adliger Hoch- und bäuerlicher Volkskultur werde in der Industriemoderne von einer integrierenden Nationalkultur überbrückt, die verbindliche Standards der Kommunikation und Bildung festlege (Gellner 1983, S. 39–52).⁸ Kulturelle und politische Identität fielen damit tendenziell zusammen (Gellner 1983, S. 1). Dem pflichtete Benedict Anderson (2006 [1983], S. 93) in seiner konkurrierenden Nationalismustheorie grundsätzlich bei, wenn er mit Blick auf Großbritannien die „inner incompatibility of empire and nation“ herausstellte, betonte dabei aber den Aspekt der Imagination. Nationen imaginierten sich als egalitäre und kulturell homogene Gemeinschaften, die innerhalb der Grenzen ihres angestammten Territoriums souverän über ihr Schicksal verfügten. Sie bewohnten eine andere Vorstellungswelt als Kolonialreiche und Imperien generell, in denen sich die historische Größe des Zentrums an der Zahl und Ausdehnung der unterworfenen Peripherien bemaß (Anderson 2006 [1983], S. 83–111).

Zwischen den skizzierten Positionen bestehen vielfältige Unterschiede. Dennoch konvergieren sie in einem Punkt: Imperien und Nationen werden als inkompatible Formen der Organisation politischer Gemeinwesen konzeptualisiert, die unterschiedlichen Gesellschaftstypen und Epochen angehören. Begreift man den Nationalstaat als unvereinbar mit imperialer Ordnung, musste sein historischer Aufstieg den Untergang der Reiche nach sich ziehen. In globaler Hinsicht erscheint dieser Übergang vom Imperium zur Nation dann als ein Diffusionsprozess: Nachdem sich der Nationalstaat zunächst in einzelnen Weltregionen herausgebildet habe, so das Narrativ, begannen nach dem Zweiten Weltkrieg die ihm zugrunde liegenden Handlungs- und Legitimationsschemata in bis dahin nicht erfasste Räume auszustrahlen. Die gesellschaftsgeschichtliche Bedeutung der Dekolonisation liegt dann in der weltweiten Verbreitung des westlichen Staats- und Gesellschaftsmodells.⁹

Zusammengenommen bilden diese Annahmen den Kern einer einflussreichen Semantik, die bis heute das Selbstverständnis westlicher Gesellschaften prägt. Deren anhaltende Wirkmächtigkeit zeigte sich jüngst etwa in der Rede von der „Rückkehr des Imperialismus“ angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine.¹⁰ Gemeinsam mit anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen hat die Soziologie an dieser Semantik mitgestrickt und ein Epochenbild geprägt, gemäß dem die Entwicklung der politischen Ordnung der Moderne auf den Nationalstaat konvergiert. Dieses Bild erschien vor dem Hintergrund des gesellschaftsstrukturellen Umbruchs, den die Dekolonisation bedeutete, nicht nur als plausibel; es war geradezu evident. „Evidenz“, so Niklas Luhmann (1980, S. 49) in seiner Wissenssoziologie, „ist verstärkte Plausibilität. Sie ist gegeben, wenn auch der Ausschluß von Alternativen mitein-

⁷ Eine frühe Darstellung dieser Theorie findet sich in Gellner 1964.

⁸ Gellner beschreibt diesen Vorgang auch als eine „Generalisierung von Hochkultur“.

⁹ Diese These wird auch vom jüngeren *World Polity*-Ansatz vertreten. Vgl. Meyer et al. 1997.

¹⁰ Deutschlands Bundeskanzler Olaf Scholz gebrauchte diese Formulierung in einem Fernsehinterview vom 27. März 2022: <https://daserste.ndr.de/annewill/videos/Es-ist-schon-die-Rueckkehr-des-Imperialismus-die-wir-aus-Worten-des-russischen-Prasidenten-hoeren-,annewill7454.html> (Zugriff vom 29.11.2022). Ähnliche Umschreibungen wurden aber bereits zuvor in der öffentlichen Debatte verwendet. Vgl. zum Beispiel das Interview mit Herfried Münkler im Deutschlandfunk vom 25. Februar 2022: www.deutschlandfunk.de/rueckkehr-zum-imperialismus-herfried-muenkler-ueber-putins-gr-ossmacht-traeume-dlf-f73a46fe-100.html (Zugriff vom 29.12.2022). Siehe dazu auch die instruktive Forumdiskussion in Neutatz et al. 2022 sowie Tomuschat 2022.

leuchtet.“ Und was hätte im historischen Moment der Dekolonisation offenkundiger, ja alternativer erscheinen können als der Umstand, dass imperiale Herrschaft unvereinbar ist mit nationaler Selbstbestimmung, so wie sie die Kolonien anstrebten?

Dennoch ist dieses hochgradig suggestive und in gewisser Weise auch beruhigende Epochenbild unzulässig vereinfachend, wie wir heute, ein halbes Jahrhundert nach der Hochphase der Dekolonisation, vielleicht klarer erkennen können. Die Dekolonisation ist inzwischen ein Stück Geschichte geworden, und wir müssen feststellen, dass imperiale Projekte und Ordnungsvorstellungen mitsamt dem Denken in Kategorien von Interessen- und Einflusssphären keineswegs verschwunden sind. Xi Jinpings *Belt and Road Initiative* und allgemein der Freihandelsimperialismus, den China bereits seit längerem unter anderem in Südostasien und den Anrainerstaaten des Indischen Ozeans betreibt, wären neben dem in seiner Qualität anders gearteten Versuch Putins, die einstige Größe des russischen Reichs mit Mitteln offener Gewalt wiederherzustellen, ein rezentes Beispiel dafür (Bergesen 2013; Kumar 2021a). Ferner verfügen die USA mit ihren rund 800 außerterritorialen Militärstützpunkten über ein durch viele kleine Knotenpunkte verankertes Netzwerk militärischer und nachrichtendienstlicher Kontrolle, für das die Bezeichnung eines „pointillist empire“, also eines gleichsam getupften Reiches, durchaus angemessen erscheint (Immerwahr 2019, S. 213–390; vgl. auch Münkler 2005, S. 213–254; Go 2011). Frederick Cooper (2021, S. 1274) ist sicherlich beizupflichten, wenn er anmerkt, dass es noch zu früh sei, um abschätzen zu können, ob imperiale Herrschaft tatsächlich der Vergangenheit angehört.

Nicht minder bedeutsam ist ein weiterer Aspekt: Man versteht auch die Genese des Nationalstaats in Europa nicht recht, wenn unberücksichtigt bleibt, dass dieser nicht einfach gegen, sondern ebenfalls durch, das heißt mithilfe von Imperien entstanden ist. Umgekehrt haben politische und ökonomische Eliten ihre imperialen Projekte wiederholt durch den Verweis auf nationale Interessen und Missionen zu legitimieren versucht. Anstatt von einer kategorialen Inkompatibilität von Imperialismus und Nationalismus beziehungsweise Imperium und Nation auszugehen, ist es plausibler, deren historisch-genetische Verflechtung zu untersuchen.

Dass Nationalismus eine Quelle für imperiale Expansion darstellen kann, ist schon früh erkannt und kritisiert worden. John A. Hobson eröffnete seine berühmte Abhandlung *Imperialism* (1902) mit dem Argument, dass Nationalismus unter normalen Bedingungen zur Herausbildung einer internationalen Ordnung, das heißt eines Systems souveräner, sich wechselseitig anerkennender Nationalstaaten führe. Wo dies nicht der Fall sei, liege eine pathologische Abweichung vom natürlichen Entwicklungsgang vor. Der sprichwörtliche *Scramble for Africa*, den Hobson als Korrespondent des Manchester Guardian in Südafrika vor Ort miterlebte, bilde eine solche Anomalie. Angetrieben von der massenmedialen Propaganda interessierter Kreise, die den afrikanischen Kontinent auf der Suche nach Investitionsmöglichkeiten erschließen wollten, sei der Nationalismus ins Imperiale gekippt. Es habe sich eine Situation eingestellt, in der machthungrige Staaten „die gesunde, stimulierende Rivalität verschiedener nationaler Charaktere in den erbitterten Kampf konkurrierender Imperien verwandeln“ (Hobson 1902, S. 9; Übersetzung M.L.).

Hannah Arendt griff diesen Gedanken ein halbes Jahrhundert später auf und spannt ihn vor dem Hintergrund der beiden Weltkriege, die sie von Hobson und seiner Epoche trennten, weiter. In ihrer Rekonstruktion der *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1951/55) zeichnete Arendt nach, wie der moderne, territorial gebundene Nationalstaat des 19. und frühen 20. Jahrhunderts von innen heraus ausgehöhlt wurde, bevor aggressive, die bürgerliche Gesellschaftsordnung als solche infrage stellende Imperien – die totalitären Regime Nazideutschlands und der Sowjetunion unter Stalin – an dessen Stelle zu treten suchten. Zunächst wird in der Studie der politische Antisemitismus diskutiert. Dieser zielte darauf ab, Juden und Jüdinnen aus der nationalen Gemeinschaft auszuschließen, obwohl sie nach ihrer Emanzipation zu formal gleichgestellten Staatsbürgern und -bürgerinnen geworden waren (Arendt 1986 [1951/55], S. 17–172). Danach widmet sich die Untersuchung dem überseeischen Koloni-

alismus und den völkischen Panbewegungen um 1900. Sie schwächten ebenfalls den Nationalstaat, diesmal jedoch nicht durch Propagierung einer restriktiven Definition der nationalen Gemeinschaft, sondern umgekehrt durch ein expansives Verständnis der Nation, für das etablierte Staatsgrenzen nicht bindend waren (Arendt 1986 [1951/55], S. 273–625). Während den Verfechtern der Überseekolonisation Verweise auf die nationalen Interessen ihrer Länder dazu dienten, außereuropäische Reichsbildungen zu rechtfertigen, strebten die Panbewegungen danach, alle Mitglieder der ethnisch definierten Nation innerhalb eines politischen Gemeinwesens zu vereinigen, ungeachtet dessen, dass sie Bürgerinnen und Bürger fremder Staaten waren. „Nationalismus und Imperialismus“, fasst Arendt (1986 [1951/55], S. 343) ihre Argumentation zusammen, „sind theoretisch durch einen Abgrund geschieden; in der Praxis ist dieser Abgrund immer wieder durch rassistisch oder völkisch orientierte Nationalismen überbrückt worden.“ Diesen Gedanken führt sie direkt auf Hobson zurück, der „den grundsätzlichen Gegensatz zwischen Imperialismus und Nationalismus wie die Tendenz des Nationalismus, imperialistisch zu werden“ (Arendt 1986 [1951/55], S. 343), bereits erkannt habe. Dessen Vorstellung von einem normalen Entwicklungsgang übernimmt Arendt jedoch nicht. Beim Imperialismus handle es sich vielmehr um ein dem Nationalismus inhärentes Potenzial, das unter bestimmten Bedingungen aktualisiert werden kann.

In der jüngeren Nationalismus- und Imperienforschung, die stark interdisziplinär orientiert ist, tritt die gegenläufige Bewegungsrichtung zunehmend in den Vordergrund.¹¹ Nationalismus könne nicht nur in imperiale Projekte münden, umgekehrt bildeten Imperien häufig auch den Kontext, wenn nicht die Bedingung der Möglichkeit für die Herausbildung und Konsolidierung nationaler Kollektive. Als Geburtshelfer der modernen Welt ließen sie sich nur schlecht als anachronistische Erscheinungen begreifen, wie dies noch Joseph Schumpeter (1919) unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs tat. Imperiale Formationen seien vielmehr ein integraler Bestandteil der politischen Ordnung der Moderne. Jeder Versuch, das „lange“ 19. Jahrhundert ausschließlich in Begriffen entweder von Nationalismus oder Imperialismus und Kolonialismus zu fassen, sei daher zum Scheitern verurteilt. Dies gelte nicht nur, wie der Soziologe Krishan Kumar (2010, S. 128) herausstellt, weil die meisten westeuropäischen Nationen nach Übersee expandierten und Kolonialreiche unterhielten. Zudem wiesen die im Entstehen begriffenen Nationalstaaten Europas häufig selbst den Charakter kleinräumiger Imperien auf. Man denke an das von England dominierte Vereinigte Königreich mit Irland als Quasi-Kolonie oder an die französische Zivilisationsmission, die nicht nur den Kolonialsubjekten in Afrika galt, sondern auch die ländlichen Regionen des Hexagons an Kultur und Sprache der Île-de-France anpassen sollte (von dem Umstand ganz zu schweigen, dass die Siedlungskolonie Algerien integraler Bestandteil des französischen Staatsterritoriums war).¹² Noch imperiale Eliten, die keinen Nationalstaat zu gründen beabsichtigten, konnten die in ihrem Herrschaftsbereich aufkeimenden Nationalbewegungen aus strategischen oder ideologischen Erwägungen heraus unterstützen, allerdings ohne ihnen Eigenstaat-

¹¹ Zu den Pionierstudien zählt der Sammelband von Suny und Martin 2001, der wohl nicht zufällig von Osteuropahistorikern stammt. Eine ausführliche Diskussion der Nationalitätenpolitik der jungen Sowjetunion liefert Martin 2001. Zu den frühen imperien- und globalhistorischen Studien, die sich mit dem Thema befassen, gehören auch Ther 2004; Bayly 2004, S. 199–243; Osterhammel 2009, S. 565–672; Leonhard und von Hirschhausen 2009; Burbank und Cooper 2010, S. 219–250. Für Studien aus Perspektive der historischen Soziologie vgl. Kumar 2003; Kumar 2010; Kumar 2017; Wilder 2005; Malešević 2017; Malešević 2019, S. 70–110. Zur Unterscheidung zwischen „imperialisierender Nation“ und „nationalisierendem Imperium“ vgl. auch Berger und Miller 2015; Fradera 2018. Neben dieser neueren Literatur bleibt eine ältere Debatte instruktiv, in der Territorialstaaten und Kulturräume wie Lateineuropa als Ergebnis „interner Kolonisation“ betrachtet werden. Vgl. Gonzáles Casanova 1965; Hechter 1975; Weber 1976; Given 1990; Bartlett 1993. Für eine umfassende Rekonstruktion der neuzeitlichen Kolonialgeschichte, die von der Kolonisation und Imperienbildung innerhalb Europas ihren Ausgang nimmt, vgl. Reinhard 2016.

¹² Zur englischen Nationalidentität und ihrer imperialen Dimension vgl. Kumar 2003. Eine ausführliche Diskussion weiterer Fälle, einschließlich der im Haupttext genannten, findet sich in Kumar 2017. Für Frankreichs „imperialen Nationalstaat“ vgl. auch Wilder 2005.

lichkeit zu gewähren.¹³ Anstatt von einer kategorialen Inkompatibilität von Imperium und Nation auszugehen, ist es überzeugender, sie mit Kumar als Aspektendifferenz zu begreifen. Demnach können sich beide Ordnungsmodelle innerhalb ein und derselben politischen Formation verschränken, die sodann imperiale und nationalstaatliche Aspekte in sich vereint.

Trotz dieser historisch-genetischen Verschränkung handelt es sich hierbei auch nicht um eine perfekte Symmetrie. Imperiale Formationen gingen der Entstehung von Nationalstaaten historisch weit voraus und bildeten in globaler Perspektive bis weit ins 20. Jahrhundert hinein den Normalfall. Dies sollte sich erst mit der Dekolonisation ändern (Kumar 2021b).

Es könnte daher der Eindruck entstehen, dass das Narrativ von der Entwicklung vom Imperium zur Nation doch trägt, sofern man es komplexer und weniger linear auslegt. Anstatt eines scharfen, quasi-revolutionären Austausches des politischen Paradigmas existierten ausgedehnte Übergangszeiten, in denen Staats- und Nationenbildungsprozesse in imperiale Ordnungsstrukturen eingebettet waren beziehungsweise mit deren Aufbau Hand in Hand gingen. Diese hinderten die Institution des Nationalstaats zwar an ihrer vollen Entfaltung, wirkten zugleich aber auch stabilisierend, wenn nicht ermöglichend.

Das ist zwar richtig, daraus folgt jedoch nicht, dass wir es mit einem Übergang vom Imperium zur Nation zu tun haben. Zwei Beobachtungen sprechen dagegen: Erstens ist, wie bereits erwähnt, die imperiale Form des Politischen nie verschwunden, trotz aller Bemühungen, sie völkerrechtlich, diplomatisch und moralisch einzuhegen. Zweitens erfolgte mit der Dekolonisation nicht nur eine – wenn auch unvollständig gebliebene – Herauslösung des Nationalstaats aus imperialen Ordnungsstrukturen. Sie war vielmehr begleitet von dessen neuerlicher Einbindung in inter- und supranationale Organisationen und Zusammenschlüsse, insbesondere die Vereinten Nationen, Kontinental- und Zollunionen sowie Verteidigungsbündnisse, die eine regelbasierte, auf Dauer gestellte Kooperation über Staatsgrenzen hinweg ermöglichen sollen (Elazar 1996; Buzan und Lawson 2015, S. 197–239, 273–304).

Dies hat wichtige Implikationen für unser Verständnis von Dekolonisation. Denn es war keineswegs im Vorhinein ausgemacht, dass an ihrem Ende souveräne Nationalstaaten stehen würden. Es mag trivial, wenn nicht alternativlos erscheinen, dass im Zuge der Dekolonisation aus abhängigen Kolonien souveräne Nationen wurden. Die Charta der 1963 gegründeten Organisation für Afrikanische Einheit, die Vorläuferorganisation der heutigen Afrikanischen Union, hat das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen schon früh festgelegt, um möglichen Grenzstreitigkeiten, aber auch der Entstehung innerafrikanischer Imperien zuvorzukommen (Marx 2010). Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass damit konkurrierende Vorstellungen eines nachkolonialen Afrikas existierten, die nach Wegen jenseits der Alternative von Imperium und Nation suchten. Insbesondere im französischen Kolonialreich, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Französische Union reorganisierte und der Bevölkerung in den Überseeterritorien das französische Bürgerrecht gab, bestanden mehr als nur Ansätze für die Bildung einer transkontinentalen Föderation (Cooper 2014; Cooper 2018; Wilder 2015; Getachew 2019). Befürworter dieser Entwicklung wussten, dass formale Unabhängigkeit nicht gleichbedeutend mit der Auflösung faktischer Abhängigkeitsverhältnisse sein würde. Dennoch konnte sich dieses ambitionierte Projekt einer Umwandlung der zunehmend unter Legitimationsdruck geratenen Kolonialreiche in föderative Zusammenschlüsse nicht durchsetzen. Dafür waren die Desintegrationstendenzen vor Ort zu stark und der Reformwille der europäischen Eliten zu schwach (Moyn 2015; Vaughan 2019; Cooper 2022). Auch wenn in den 1950er Jahren eine Zeit lang Ideen eines „Eurafrikas“ in der Diskussion waren, begannen die Kolonialmetropolen schon bald ihren eigenen Integrationsprozess unter Ausschluss der Kolonien (Garavini 2012; Hansen und Jonsson 2015; Slobodian 2018, S. 91–120). Während sich die

¹³ Dies zeigt das Beispiel der frühen Sowjetunion. Vgl. Martin 2001.

westeuropäischen Staaten abermals in größere wirtschaftliche und politische Strukturen integrierten, um sich so zu stabilisieren, zerfielen ihre Überseereiche in nationale Segmente mit geringer Wirtschaftskraft und begrenztem Einfluss im Bereich internationaler Politik.

Literatur

- Anderson, Benedict. 2006 [1983]. *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London: Verso.
- Arendt, Hannah. 1986 [1951/55]. *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*. München: Piper.
- Balandier, Georges. 1970 [1951]. Die koloniale Situation. In *Moderne Kolonialgeschichte*, Hrsg. Rudolf von Albertini, 105–124. Köln: Kiepenhauer & Witsch.
- Bartlett, Robert. 1993. *The Making of Europe: Conquest, Colonization, and Cultural Change, 950–1350*. Princeton: Princeton University Press.
- Bayly, Christopher A. 2004. *The Birth of the Modern World 1780–1914: Global Connections and Comparisons*. Oxford: Oxford University Press.
- Bendix, Reinhard. 1964. *Nation-Building and Citizenship: Studies of our Changing Social Order*. New York: Wiley & Sons.
- Berger, Stefan, und Alexei Miller. Hrsg. 2015. *Nationalizing Empires*. Budapest: Central European University Press.
- Bergesen, Albert J. 2013. The New Surgical Colonialism: China, Africa, and Oil. In *Sociology and Empire: The Imperial Entanglements of a Discipline*, Hrsg. George Steinmetz, 300–318. Durham: Duke University Press.
- Bourdieu, Pierre. 1962 [1958]. *The Algerians*. Mit einem Vorwort von Raymond Aron; übersetzt von Alan C. M. Ross. Boston: Beacon Press.
- Bourdieu, Pierre. 2010 [1959–1963]. *Algerische Skizzen*. Hrsg. Tassadit Yacine; übersetzt von Andreas Pfeuffer, Achim Russer und Bernd Schwibs. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Brendon, Piers. 2007. *The Decline and Fall of the British Empire, 1781–1997*. London: Jonathan Cape.
- Breuilly, John. 1996. *The Formation of the First German Nation-State, 1800–1871*. Basingstoke: Macmillan.
- Breuilly, John. 2017. Modern Empires and Nation-States. *Thesis Eleven* 139(1):11–29.
- Brubaker, Rogers. 1992. *Citizenship and Nationhood in France and Germany*. Cambridge: Harvard University Press.
- Burbank, Jane, und Frederick Cooper. 2010. *Empires in World History: Power and the Politics of Difference*. Princeton: Princeton University Press.
- Buzan, Barry, und George Lawson. Hrsg. 2015. *The Global Transformation: History, Modernity and the Making of International Relations*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Cooper, Frederick. 2014. *Citizenship Between Empire and Nation: Remaking France and French Africa, 1945–1960*. Princeton: Princeton University Press.
- Cooper, Frederick. 2018. The Politics of Decolonization in French and British West Africa. *Oxford Research Encyclopedia of African History*. doi.org/10.1093/acrefore/9780190277734.013.111.
- Cooper, Frederick. 2021. Epilogue: Beyond Empire? In *The Oxford World History of Empire*. Band 2, Hrsg. Peter Fibiger Bang, Christopher Bayly und Walter Scheidel, 1249–1278. Oxford: Oxford University Press.
- Cooper, Frederick. 2022. Decolonizations, Colonizations, and More Decolonizations: The End of Empire in Time and Space. *Journal of World History* 33(3):491–526.
- Dinkel, Jürgen. 2015. *Die Bewegung Bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927–1992)*. Berlin: De Gruyter.
- Elazar, Daniel J. 1996. From Statism to Federalism: A Paradigm Shift. *International Political Science Review* 17(4):417–429.
- Emerson, Rupert. 1960. *From Empire to Nation: The Rise to Self-Assertion of Asian and African Peoples*. Cambridge: Harvard University Press.

- Fanon, Frantz. 1967 [1958]. *Decolonization and Independence*. In *Toward the African Revolution: Political Essays*, Hrsg. François Maspero; übersetzt von Haakon Chevalier, 99–105. New York: Grove Press.
- Fanon, Frantz. 1981 [1961]. *Die Verdammten dieser Erde*. Mit einem Vorwort von Jean-Paul Satre; übersetzt von Traugott König. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fanon, Frantz. 2018 [1957]. *National Independence: The Only Possible Outcome*. In *Alienation and Freedom*, Hrsg. v. Jean Khalifa, und Robert J. C. Young; übersetzt von Steven Corcoran, 549–555. London: Bloomsbury.
- Fisch, Jörg. 2010. *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Domestizierung einer Illusion*. München: C. H. Beck.
- Fradera, Josep M. 2018. *The Imperial Nation: Citizens and Subjects in the British, French, Spanish, and American Empires*. Princeton: Princeton University Press.
- Garavini, Giuliano. 2012. *After Empires: European Integration, Decolonization, and the Challenge from the Global South 1957–1986*. Oxford: Oxford University Press.
- Gellner, Ernest. 1964. *Thought and Change*. London: Weidenfeld and Nicolson.
- Gellner, Ernest. 1983. *Nations and Nationalism*. Ithaca: Cornell University Press.
- Getachew, Adom. 2019. *Worldmaking after Empire: The Rise and Fall of Self-Determination*. Princeton: Princeton University Press.
- Given, James. 1990. *State and Society in Medieval Europe: Gwynedd and Languedoc under Outside Rule*. Ithaca: Cornell University Press.
- Go, Julian. 2011. *Patterns of Empire: The British and American Empires, 1688 to the Present*. Cambridge: Cambridge University Press.
- González Casanova, Pablo. 1965. Internal Colonialism and National Development. *Studies in Comparative International Development* 1:27–37.
- Hansen, Peo, und Stefan Jonsson. 2015. *Eurafrica: The Untold History of European Integration and Colonialism*. London: Bloomsbury.
- Hechter, Michael. 1975. *Internal Colonialism: The Celtic Fringe in British National Development, 1536–1966*. Berkeley: University of California Press.
- Hell, Julia. 2019. *The Conquest of Ruins: The Third Reich and the Fall of Rome*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Hobson, John A. 1902. *Imperialism: A Study*. New York: James Pott & Company.
- Immerwahr, Daniel. 2019. *How to Hide an Empire: A Short History of the Greater United States*. London: The Bodley Head.
- Kumar, Krishan. 2003. *The Making of English National Identity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kumar, Krishan. 2010. Nation-States as Empires, Empires as Nation-States: Two Principles, One Practice? *Theory and Society* 39(2):119–143.
- Kumar, Krishan. 2012. Greece and Rome in the British Empire: Contrasting Role Models. *Journal of British Studies* 51(1):76–101.
- Kumar, Krishan. 2017. *Visions of Empire: How Five Imperial Regimes Shaped the World*. Princeton: Princeton University Press.
- Kumar, Krishan. 2021a. What can the Chinese Experience of Empire tell us about the Belt and Road Initiative? *Theory and Society*. doi.org/10.1007/s11186-021-09469-7.
- Kumar, Krishan. 2021b. *Empires: A Historical and Political Sociology*. Cambridge: Polity Press.
- Leonhard, Jörn, und Ulrike von Hirschhausen. 2009. *Empires und Nationalstaaten im 19. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lieven, Dominic. 2002. *Empire: The Russian Empire and its Rivals*. New Haven: Yale University Press.
- Luhmann, Niklas. 1980. *Gesellschaftsstruktur und Semantik: Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*. Band 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Lüthi, Lorenz M. 2016. The Non-Aligned Movement and the Cold War, 1961–1973. *Journal of Cold War Studies* 18(4):98–147.

- Malešević, Siniša. Hrsg. 2017. *Empires and Nation-States. Thesis Eleven* 139(1). doi.org/10.1177/0725513617700017.
- Malešević, Siniša. 2019. *Grounded Nationalisms: A Sociological Analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Martin, Terry. 2001. *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*. Ithaca: Cornell University Press.
- Marx, Christoph. 2010. Grenzen in Afrika als Last und Herausforderung. In *Die Freiheit im Kopf. Ein Rückblick auf 50 Jahre Unabhängigkeit in Afrika*, Hrsg. Heinrich Böll Stiftung, 63–69. Berlin: Heinrich Böll Stiftung.
- Mazower, Mark. 2009. *No Enchanted Palace: The End of Empire and the Ideological Origins of the United Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Mazower, Mark. 2013. *Governing the World: The History of an Idea, 1815 to the Present*. New York: Penguin.
- Meyer, John W., John Boli, George M. Thomas und Francisco O. Ramirez. 1997. World Society and the Nation-State. *American Journal of Sociology* 103(1):144–181.
- Moyn, Samuel. 2015. Fantasies of Federalism: Why Did the Nation-State Model Win Out, When The Alternatives Were Supposedly So Compelling? *Dissent*. www.dissentmagazine.org/article/fantasies-of-federalism (Zugriff vom 29.11.2022).
- Münkler, Herfried. 2005. *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*. Hamburg: Rowohlt.
- Neutatz, Dietmar, Sabine Dabringhaus, Tim Krieger, Heinrich Kirschbaum, Elisabeth Piller, Melanie Arndt und Jörn Leonhard. 2022. Forum: Die Rückkehr der Imperien? Putins Krieg und seine globalen Implikationen. *Journal of Modern European History* 20(2):1–13. doi: 10.1177/16118944221095639.
- Osterhammel, Jürgen. 2009. *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*. München: C. H. Beck.
- Pedersen, Susan. 2015. *The Guardians: The League of Nations and the Crisis of Empire*. Oxford: Oxford University Press.
- Reinhard, Wolfgang. 2016. *Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415–2015*. München: C. H. Beck.
- Rokkan, Stein. 1971. Nation-Building: A Review of Models and Approaches: *Current Sociology* 19(3):7–38.
- Schumpeter, Joseph A. 1919. *Zur Soziologie der Imperialismen*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Slobodian, Quinn. 2018. *Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*. Cambridge: Harvard University Press.
- Suny, Ronald Grigor, und Terry Martin. Hrsg. 2001. *A State of Nations: Empire and Nation-Making in the Age of Lenin and Stalin*. Oxford: Oxford University Press.
- Ther, Philipp. 2004. Imperial Instead of National History: Positioning Modern German History on the Map of European Empires. In *Imperial Rule*, Hrsg. Alexei Miller und Alfred J. Rieber, 47–66. Budapest: Central European University Press.
- Tomuschat, Christian. 2022. Russlands Überfall auf die Ukraine. Der Krieg und die Grundfragen des Rechts. *Osteuropa* 72(1–3):33–50.
- Vaughan, Chris. 2019. The Politics of Regionalism and Federation in East Africa, 1958–1964. *The Historical Journal* 62(2):519–540.
- Weber, Eugen. 1976. *Peasants into Frenchmen: The Modernization of Rural France, 1870–1914*. Stanford: Stanford University Press.
- Wertheim, Stephen. 2019. Instrumental Internationalism: The American Origins of the United Nations, 1940–1943. *Journal of Contemporary History* 54(2):265–283.
- Wilder, Gary. 2005. *The French Imperial Nation-State: Negritude and Colonial Humanism Between the Two World Wars*. Chicago: University of Chicago Press.
- Wilder, Gary. 2015. *Freedom Time: Negritude, Decolonization, and the Future of the World*. Durham: Duke University Press.